



Kommuniqué des Gewerkschaftsbündnisses

6. Juni: Die Rücknahme der Reform durchsetzen und soziale Fortschritte erzielen!

Paris am 30. Mai 2023 - Das Gewerkschaftsbündnis ruft die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Jugendlichen und Rentnerinnen und Rentner auf, den 6. Juni zu einem großen Tag der Streiks und Demonstrationen im ganzen Land zu machen, um die Rücknahme der Rentenreform und soziale Fortschritte zu erringen.

Das Gewerkschaftsbündnis ruft die Abgeordneten auf, am 8. Juni für den parteiübergreifenden Gesetzesvorschlag zur Aufhebung der Rentenreform zu stimmen, um endlich einen Ausweg aus der Krise zu ermöglichen. Andernfalls, wenn die Regierung wieder einmal darauf beharrt, die Reform mit verfassungsrechtlichen Tricks durchzupeitschen, wird die Wut nur noch größer werden. Diese Reform ist brutal und ungerecht gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Jugend, die alle verstanden haben, dass sie länger arbeiten müssen, ohne dass die Arbeitgeber oder die öffentlichen Arbeitgeber jemals zur Kasse gebeten werden.

Die Rücknahme dieser Reform ist unerlässlich und würde es ermöglichen, endlich Fortschritte bei den Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu machen.

Das Gewerkschaftsbündnis erinnert daran, dass der Lohn von der Verteilung des Reichtums abhängt: Die Erhöhung der Löhne, der Renten und Pensionen, der sozialen Mindeststandards und der Studienbeihilfen ist eine Priorität. Der Mindestlohn (SMIC) muss ein Einstiegslohn bleiben und darf nicht zu einer Niedriglohnfalle werden, die die Beschäftigten ihr ganzes Berufsleben lang am SMIC festhält.

Der Staat muss auch mit gutem Beispiel vorangehen und den Lohnindexpunkt im öffentlichen Dienst anheben.

In keinem Berufszweig darf es Mindestlöhne geben, die unter dem Mindestlohn liegen. Keine Rente darf nach einer vollständigen Beschäftigungsdauer unterhalb des Mindestlohns liegen. Die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern muss unverzüglich verwirklicht werden.

Für **ältere Menschen** müssen echte Umschulungsmaßnahmen und stufenweise Renten eingeführt werden.

Im Hinblick auf Härtefälle und Berufsrisiken müssen alle 2017 abgeschafften Härtefallkriterien wieder eingeführt werden, um echte Frühverrentungen zu ermöglichen. Um die **Gesundheit der Beschäftigten** zu schützen, müssen Ausschüsse für Gesundheit, Sicherheit und Arbeitsbedingungen in Unternehmen mit 50 oder mehr Beschäftigten obligatorisch sein und mit mehr Rechten und Mitteln ausgestattet werden.

Um qualitativ hochwertige Tarifverhandlungen im Rahmen einer bewährten sozialen Demokratie zu ermöglichen und das Recht auf gewerkschaftliche Meinungsäußerung zu verbessern, fordert die Intersyndikale eine Verbesserung und Stärkung der Mittel für die Personalvertreter in Bezug auf die Mandatsstunden, die generelle Etablierung von lokalen Vertretern, die Erhöhung der Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder sowie das Ende der Beschränkung auf drei aufeinanderfolgende Mandate.

Um die **Gleichstellung von Frauen und Männern** zu erreichen, muss insbesondere der Index für Lohngleichheit grundlegend überarbeitet werden, Frauenberufe, die in der Mehrzahl am schlechtesten bezahlt werden, müssen aufgewertet werden, erzwungene Teilzeitarbeit muss verboten werden und es muss ein Indikator eingeführt werden, um den Verlauf der beruflichen Laufbahn zu erfassen. Diese Vorschläge würden im Übrigen das finanzielle Gleichgewicht des umlagefinanzierten Rentensystems stärken. Die Bestimmungen des IAO-Übereinkommens 190 gegen alle Formen von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, müssen endlich umgesetzt werden.

Im Bereich **Umwelt** müssen den Personalvertretungen zusätzliche Rechte und Befugnisse eingeräumt werden, damit sie bei der Ausübung ihres Mandats pragmatisch und effizient vorgehen können.

Gemeinsam erinnern die Berufs- und Jugendgewerkschaften an ihre Ablehnung jeglicher Angriffe auf das Prinzip der nationalen Solidarität durch die Reform des Sozialhilfesystems RSA sowie der Verringerung der Arbeitslosenunterstützung, die zu einer Stigmatisierung der prekär Beschäftigten oder der Arbeitslosen führen.

Diese Vorschläge würden das finanzielle Gleichgewicht des umlagefinanzierten Rentensystems stärken, was unser kollektives Sozialschutzsystem bewahren und stärken würde.

Wir werden nicht locker lassen: Lasst uns gemeinsam, vereint und entschlossen für die Rücknahme der Reform und den sozialen Fortschritt kämpfen und am 6. Juni überall Streiks und Demonstrationen organisieren! Bereiten wir die Mobilisierung am 6. Juni vor und sprechen wir unsere Abgeordneten auf die Abstimmung am 8. Juni an, indem wir die gewerkschaftsübergreifende Website <https://jusquatretrait.fr> besuchen und weiterleiten.